

Die Zurückstellung der Genehmigung des Haushaltes 2013/14 und des Haushaltssicherungskonzeptes stößt bei der FDP-Fraktion auf Unverständnis. Der Rat hatte das von der Verwaltung vorgeschlagene Haushaltssicherungskonzept nicht nur zur Grundlage der geplanten Einsparungen gemacht, sondern auf Wunsch der Bezirksregierung am 7. Mai die einzelnen Maßnahmen beschlossen. " Die Regierungspräsidentin kannte also die einzelnen Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung, auch im Personalbereich, bei den Hilfen zur Erziehung, der Gewerbesteuer und der Gewinnausschüttung der Wohnstätte", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann. "Bedenken wurden dazu in Düsseldorf nicht artikuliert."

Wenn die Bezirksregierung nunmehr den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept für zurzeit nicht genehmigungsfähig hielte, müsse man fragen, welche politische Zielsetzung damit verfolgt werde. "Bisher haben wir die Bezirksregierung in Angelegenheiten des Haushaltes als neutrale und konstruktive Kontrollinstitution wahrgenommen. Dies scheint seit dem Wechsel zur nach der Landtagswahl 2010 von den Grünen gestellten Regierungspräsidentin nicht mehr der Fall zu sein. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten den Eindruck gewonnen, dass zwischen der Grünen Ratsfraktion in Krefeld und der Bezirksregierung ein Meinungs- und Informationsaustausch stattfindet.

Dieser Eindruck drängt sich umso mehr auf, als wesentliche Teile des Haushaltssicherungskonzeptes bereits dem Haushalt 2010/11 zugrunde lagen. Dieser Haushalt wurde mit den Stimmen der Grünen beschlossen. Einwände wurden von der Regierungspräsidentin nicht gemacht. Auch nicht beim nachfolgenden Haushalt 2012, für den das Haushaltssicherungskonzept auch zugrunde gelegt wurde", so Heitmann.

"Unverständlich" für den FDP-Fraktionsvorsitzenden ist auch, dass die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden höher ausfallen als angenommen, die Bezirksregierung aber anscheinend davon ausgehe, dass in Krefeld das Steueraufkommen rückläufig sei.

Die Zurückstellung der Genehmigung des Haushaltes sei für Krefeld negativ, da man bis zur Beschlussfassung eines neuen Haushaltes und eines neuen Haushaltssicherungskonzeptes und deren Genehmigung nur im Rahmen einer vorläufigen Haushaltswirtschaft agieren könne. Darunter haben vor allem die freien Träger zu leiden, die auf freiwillige Zuschüsse angewiesen sind. Auf der anderen Seite und so eigenartig es anmuten muss: Die sparsame vorläufige Haushaltswirtschaft im laufenden Jahr reduziert Ausgaben und trägt damit ungewollt zum Erreichen eines ausgeglichenen Haushaltes bei", so Heitmann.

Die FDP-Stadtratsfraktion geht davon aus, dass eventuelle "Nachbesserungen" von Haushalt und Haushaltsicherungskonzept in den Sitzungen des Finanz- und Beteiligungsausschusses am 26. September erfolgen, "damit nach den Sitzungen von Hauptausschuss und Rat am 10. Oktober die notwendige Überzeugungsarbeit bei der Regierungspräsidentin geleistet werden kann. Eins steht fest: Mit uns wird es keine Steuererhöhungen geben!"